

Die Arbeit kann jetzt erst richtig beginnen

Haushalt als Fundament für weitere Regierungsarbeit steht

Am 9. November des vergangenen Jahres wurde die neue rot-rote Landesregierung im Brandenburgischen Landtag in Potsdam vereidigt. Dieses in der deutschen Historie seit 1918 als „Schicksalstag“ der Deutschen bekannte Datum war der Start in einen neuen Abschnitt in der Politikgeschichte unseres Landes.

Für Helmuth Markov (DIE LINKE), stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister im neuen Kabinett, bedeutet die Verabschiedung des Haushalts, dass es gelungen ist, den politischen Konsens aus dem Koalitionsvertrag in Zahlen zu gießen. Die Unkenrufe „Die können doch nicht rechnen“, als Markov zum ersten LINKEN Finanz-

minister in einem Bundesland gewählt wurde, sind Bezeichnungen wie „Hüter des Haushalts“ oder „Politikfähigkeit bewiesen“ gewichen.

Der Haushalt als Fundament für die weitere Regierungsarbeit steht. Es ist mit einer der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldeten Neuverschuldung von unter 700 Millionen Euro gelungen, die Handlungsfähigkeit der einzelnen Ressorts zu erhalten und keine wie auch immer begründeten „betriebsbedingten“ Kündigungen bei den Landesbediensteten ausprechen zu müssen ohne die Rücklagen des Landes völlig aufzubauchen.

Trotzdem wird das Land in den kommenden Jahren mit

einer moderaten Nettokreditaufnahme leben müssen.

Diese schmerzliche Tatsache muss mit den Bürgerinnen und Bürgern öffentlich diskutiert werden, damit keine Politik über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht wird.

Es sind noch nicht einmal zehn Prozent der für die laufende Legislaturperiode zur Verfügung stehenden Zeit vergangen. Die Arbeit kann jetzt erst richtig beginnen. Nach einem holprigen Start, verbunden mit vielen Irritationen, werden die kommenden Monate nun zeigen müssen, wie es der Koalition aus SPD und LINKEN gelingt, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen.

L.K.



Dr. Helmuth Markov, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister bei seiner Rede auf dem 2. Landesparteitag der LINKEN am 13. März 2010 in Potsdam. Markov wurde mit knapp 80 Prozent der Stimmen in den neuen Landesvorstand der Partei gewählt.

Kommentar:

Unter Dauerfeuer

Jeder kennt aus Kindheitstagen irgendwelche Märchen. Vor vielen Jahren sind sie einst entstanden aber es gibt -man wird es kaum glauben -inzwischen auch ein total neues Märchen. Es heißt, dass einer neuen Regierung einhundert Tage Schonfrist zustehen würden, bevor sie von der Opposition und den Medien attackiert werden darf. Wer das bestreitet, frage bitte die im Herbst 2009 neu gegründete rot-rote Landesregierung. Vom ersten Tag an stand sie unter oppositionellem und medialem Dauerfeuer konservativer Kreise. Ohne Skrupel wurde sie sofort hemmungslos unter Beschuss genommen. Ziel war, die neue Regierungskonstellation zu brechen, zu sprengen, kaputt zu machen. Trotz medien-

trächtiger Skandalisierung eines endlos strapazierten Uralthemas aus längst verflossenen DDR-Zeiten wollte dieser sorgsam inszenierte Theaterdonner aber nicht so recht zünden. Ganz im Gegenteil. Die von Opposition und Medien pausenlos geschmähten Regierungsparteien legten bei einer Umfrage in der Wählergunst sogar noch zu. Natürlich, so heißt es in der Umfrage, wolle niemand Stasispitzel in der Regierung haben. Richtig! Aber man hätte auch mit Sicherheit die gleiche Antwort erhalten, wenn statt beziehungsweise außer Stasi auch noch BND, MAD oder Verfassungsschutz angeführt worden wären. Aber danach wurde aus verständlichen Gründen leider nicht gefragt. W.W.

Stadtverwaltung missachtet Jugendhilfeausschuss

Keine Einigkeit über ausgewählten Kitabetreiber

Am 10. März fand eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren sowie des Jugendhilfeausschusses (JHA) statt. Alleiniger Tagesordnungspunkt war die Vergabe eines Erbbaurechtsvertrages an einen zuvor nur verwaltungsseitig ausgewählten Kitabetreiber.

„Ein demokratisches und pluralistisches Gemeinwesen braucht Diskussionen, um vernünftige Entscheidungen zu treffen. Die Verwaltungsspitze in Brandenburg sieht das offenbar anders“, sagte JHA-Mitglied Andreas Martin (DIE LINKE).

Martin weiter: „Ohne den Stadtverordneten eine Auswahl anzubieten und ohne

ihnen ein Trägerkonzept vorgelegt zu haben und ohne Beteiligung des Jugendhilfeausschusses wollte die Stadtverwaltung einen Erbbaupachtvertrag für einen KITA-Betreiber am Trauerberg vergeben. Wie selbstherrlich will die Verwaltungsspitze sich denn noch präsentieren? Dieses Vorgehen hat schon leicht diktatorische Züge.“

„Der JHA hat in seinen Sitzungen mehrfach auf die fehlende Beteiligung aufmerksam gemacht. Dies wurde verwaltungsseitig lapidar abgetan und ein geforderter Tagesordnungspunkt immer wieder verschoben, mit dem Hinweis, dass man gerade mit der Erarbeitung einer

Vorlage beschäftigt sei und außerdem die Hauptverantwortung nicht im Jugendamt läge“, erklärte die Ausschussvorsitzende Birgit Patz (DIE LINKE). „Folgerichtig kam es zu diesem Desaster. Ein intransparentes Verfahren brüskierte den Träger und ließ den Mitgliedern beider Ausschüsse gar keine andere Wahl, als den Tagesordnungspunkt zu verschieben.“

Jetzt gibt es noch Hausaufgaben zu erledigen. Als erstes ist die fehlende Gremienbeteiligung nachzuholen: AG Kita, Erzieherteam, Kita-Ausschuss, JHA. Vom Träger ist ein vollständiger und grundsätzlich nachvollziehbarer Finanzplan vorzulegen.

Fortsetzung Seite 4

Steuernachzahlung für Bezieher von Kurzarbeitergeld



Die durch das Kurzarbeitergeld (Kug) vorerst vermiedene Arbeitslosigkeit und der damit erreichte Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Fachkräfte für die Unternehmen wird ein unrühmliches Nachspiel für alle Bezieher von Kug haben. So gut, wie dieses Instrument auch ist, wird es wohl für viele Betroffene zu Steuernachzahlungen kommen.

Das zurzeit am häufigsten gezahlte „konjunkturelle Kug“ wird gewährt, wenn in Betrieben die reguläre Arbeitszeit infolge von wirtschaftlichen Ursachen vorübergehend

verkürzt wird. Warum aber müssen Steuern nachgezahlt werden, wenn das Kurzarbeitergeld selbst steuerfrei ist? Es liegt am so genannten Progressionsvorbehalt. Der Begriff kommt aus dem Steuerrecht. Es gibt Einkünfte, die nach offiziellem Sprachgebrauch als steuerfrei bezeichnet werden, aber tatsächlich den Steuersatz für die übrigen steuerpflichtigen Einkünfte erhöhen. Im Ergebnis unterliegen diese Einkünfte also nur einer geringeren Steuer als die normalen Einkünfte.

Dieses Verfahren wird nicht nur im hiesigen Steuerrecht angewendet, den Progressionsvorbehalt im Einkommensteuerrecht gibt es auch in Österreich, der Schweiz und weiteren Staaten.

Da das steuerfreie Kurzarbeitergeld auf das Jahreseinkommen angerechnet wird, bedeutet dies, dass sich dadurch der persönliche Steuersatz (Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag) erhöht.

Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen, sind nachfolgend folgende fiktive Zahlen angenommen worden: Wenn ein Unternehmer im letzten Jahr regulär 8.000 Euro Arbeitslohn gezahlt hat, wären darauf etwa 14 Prozent Einkommenssteuer zu zahlen. Kommen jetzt noch 4.000 Euro Kurzarbeitergeld hinzu, erhöht sich das Jahreseinkommen auf 12.000 Euro. Damit steigt der persönliche Steuersatz des Betroffenen durch die Progression von 14 auf etwa 22 Prozent. Somit wären statt 1.120 Euro Einkommenssteuer 1.760 Euro, also 640 Euro mehr, zu zahlen. Einer Steuererklärung kann sich nicht entzogen werden, wenn mehr als 410 Euro Entgeltersatzleistungen gezahlt wurden. Das Beispiel soll zeigen, dass Empfänger von Kurzarbeitergeld durchaus mit erheblichen Steuernachzahlungen rechnen müssen und sich vielleicht Rat bei einem Steuerberater, Lohnsteuerverein oder der Gewerkschaft holen sollten. Für die Bundesrepublik sind im Dezember 2009 rund 16.250 Kurzarbeits-Anzeigen, allein in Ostdeutschland fast 5.000 Anzeigen, eingegangen.

Im Land Brandenburg über 700 und für die Stadt Brandenburg an der Havel etwa 20 Anzeigen.

Der Bestand an Kurzarbeitern lag im September vergangenen Jahres im Bund bei über einer Million, davon in den neuen Bundesländern bei 140.092, im Land bei 17.252 und in der Stadt bei 1.393. Die Fraktion DIE LINKE hat daher folgenden Antragstext in den Bundestag eingebracht:

„Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Progressionsvorbehalts für Kurzarbeitergeld.“

PROBLEM: Die Zahl der Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen ist im Laufe des Jahres 2009 rasant angestiegen. Im Mai waren mehr als 1,5 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, im Juni noch über 1,4 Millionen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schätzt, dass 2009 durchschnittlich jeden Monat 1,1 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit sind. Auch für 2010 erwartet das Institut im Schnitt 600.000 KurzarbeiterInnen pro Monat.

Kurzarbeit bedeutet für die betroffenen Beschäftigten eine Reduzierung der Arbeitszeit um durchschnittlich 33 Prozent. Entsprechend verringert sich der Lohn. Die Bundesagentur für Arbeit gleicht die Lohnverluste teilweise mit dem Kurzarbeitergeld aus. Das Kurzarbeitergeld selbst ist nicht steuerpflichtig. Es unterliegt allerdings gemäß § 32b Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a des Einkommenssteuergesetzes dem so genannten Progressionsvorbehalt. Das Kurzarbeitergeld wird folglich indirekt besteuert, was zu weiteren Einkommensverlusten der Beschäftigten führt.

LÖSUNG: Durch die Abschaffung des Progressionsvorbehalts für Kurzarbeit bleibt dieses auch tatsächlich steuerfrei. So kann verhindert werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund des Bezugs von Kurzarbeitergeld Steuern nachzahlen müssen.“

Mehr Informationen finden Sie unter: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756794824_1700255.pdf A.K.

Das Solidarprinzip

... die FDP-Variante

Welch ein Glück, dass die FDP ein so herzliches Verhältnis zur privaten Versicherungswirtschaft unterhält, an dem alle teilhaben dürfen - die Mitglieder der FDP sind. Denn ganz speziell für die „Freunde der Freiheit“ hat die FDP zusammen mit Europas größter privater Krankenversicherung, der DKV, ein „Rundum-Sorglos-Paket“ geschnürt, das sie „exklusiv für FDP-Mitglieder“ als liberale Alternative zur Gesundheitsreform versteht. Auf der Webseite der DKV kann man, quasi als Appetitanreger, schon mal einen Vorgeschmack auf ein Rabattsystem bekommen, dessen Details nur dem nachgewie-

senen FDP-Mitglied vorbehalten bleiben: fünf Prozent Rabatt, Versicherungsschutz auch bei vorliegenden Vorerkrankungen, mitversicherte Familienmitglieder, keine Wartezeiten beim Arzt... Übrigens: Auf der Internetplattform der FDP netzwerkmitnutzwert.de kann man sich auch noch über weitere parteibuchgebundene Extras wie Sonderkonditionen für Handys, Reisen und in der Gastronomie erkundigen. Da haben die freiheitsliebenden Liberalen doch wirklich ganze Arbeit geleistet und können nun den verdienten Lohn für ihre Klientelpolitik einfahren. H.J.L.



Traurig aber wahr?

Inhalt 1/2010

Seite 1

Arbeit kann beginnen

Haushalt steht

Kommentar

Unter Dauerfeuer

Kita hin - Kita her

Stadtverwaltung missachtet

Jugendhilfeausschuss

Seite 2

Kurzarbeitergeld

Schöne Überraschung

Solidarprinzip

Variante der FDP

Seite 3

Zusatzbeiträge kommen

Wann kommt die

Bürgerversicherung?

Seite 4

Schulentwicklungsplan

Schulen haben Bestand

War Opa ein Nazi?

Linksjugend [solid]

Fortsetzung Seite 1

Kitabeschluss

Seite 5

BUGA 2015

Zweckverband kommt

Kurzmeldungen

Kinderlärm

Berlin macht's vor

Seite 6

Landesparteitag

In schwierigen Zeiten regieren

Fraktionsmitglied

Vorstellung Elli Scholz

Seite 7

Kreditklemme

Wo klemmt es im System?

Fataler Irrtum

Rechte raus aus unseren

Städten!

Seite 8

Nein zu Afghanistan

Keine Verlängerung!

Demo zum 1. Mai

Treffpunkt Bollmannbrunnen

Datenspeicherung

Niederlage

Was Wann Wo

Termine

Diana Golze

Monatliche Spende

Wann kommt die BürgerInnenversicherung?

Es ist soweit: Die ersten Krankenkassen erheben Zusatzbeiträge

Die noch von der großen Koalition beschlossene „kleine Kopfpauschale“ wird von unserem jetzigen Bundesgesundheitsminister, Dr. Philipp Rösler (FDP), billigend in Kauf genommen. Die vorausgesehene Unterfinanzierung des Gesundheitsfonds, welche nun eintritt, führt dazu, dass einzelne Krankenkassen - darunter auch die in unserer Stadt ansässige DAK - die „kleine Kopfpauschale“ einkassieren.

Dies geschieht allerdings nicht über die Arbeitgeber, sie muss vielmehr extra erhoben werden. Die Krankenkassen müssen dafür Konten für ihre Versicherten anlegen. Zwar bedeutet das einen Mehraufwand, der rechnet sich aber, falls die schwarz-gelbe Regierung die Finanzierung des Gesundheitssystems gänzlich auf die Kopfpauschale umstellen wird.

Die meisten Kassen, die jetzt den Zusatzbeitrag einseitig von ihren Versicherten erheben, streichen acht Euro Pauschalbetrag ein. Mit der Einführung des Gesundheitsfonds wurde für die Krankenkassen bereits unter der großen Koalition die Möglichkeit geschaffen, einen Zusatzbeitrag bis zur Höhe von einem Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen zu erheben. Die acht Euro Pauschalbetrag machen aber eine Einkommensüberprüfung überflüssig. Wen es am stärksten trifft, das sind Menschen mit geringen Einkommen und Renten.

Minister Rösler kommt der Zusatzbeitrag auch deswegen ganz recht, weil, wer mit der jetzigen Situation immer unzufriedener ist, ist von seinem angestrebten Modell der Kopfpauschale wahrscheinlich schneller zu überzeugen. Ein kurzfristiger Kassenwechsel, der möglich ist, wenn die jetzige Kasse des Versicherten Zusatzbeiträge erhebt, ist zu kurz gedacht. Schon bald wird auch die Kasse, in die der Versicherte gewechselt ist, Zusatzbeiträge erheben. Der Grund dafür liegt in der Unterfinanzierung des Gesundheitsfonds.

Dieser wird 2010 gerade noch etwa 95,5 Prozent der



Die ersten Krankenkassen erheben Zusatzbeiträge. Mit Hilfe des Sonderkündigungsrechts kann man innerhalb der Fristen noch zu einer anderen Kasse wechseln. Aber wann erhöhen die nächsten Krankenkassen?

geplanten Behandlungskosten decken. Sollte sich nichts daran ändern, wird wohl die kritische Grenze von 95 Prozent im kommenden Jahr unterschritten.

Der Minister möchte deswegen die Kosten im System senken. Doch wen hat er dabei im Blick? Alle? Wenn überhaupt gespart wird, wird es wohl wieder den „kleinen Mann“ treffen, worunter das FDP-Klientel eher nicht vermutet wird.

Eine erste Möglichkeit Zusatzbeiträge zu verhindern wäre, dem Vorschlag der Partei DIE LINKE zu folgen. Das würde bedeuten, zusätzlich einen Steuerzuschuss von 3,9 Milliarden Euro bereitzustellen und „für ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher angemessene Krankenversicherungsbeiträge in den Gesundheitsfonds einzuzahlen, um endlich die Quersubventionen der Sozialkassen abzuschaffen. Durch unseren Vorschlag könnten die Krankenkassen rund fünf Milliarden Euro jährlich mehr einnehmen und damit das

Loch vollständig stopfen. Das ist die letzte Möglichkeit, Zusatzbeiträge zu verhindern,“ äußerte Martina Bunge, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Anfang März verkündeten die Nachrichtenagenturen, dass die Bundesregierung die Kosten für die Arzneimittel-Ausgaben senken möchte. Bleibt abzuwarten, wie weit sich das FDP/CDU-Klientel dazu bewegen lässt und der Minister ernsthafte Veränderungen mit Nachdruck verfolgt.

Bunge meinte dazu: „Allen Beteiligten ist klar, dass eine dauerhafte Senkung der Arzneimittelausgaben nur mittel-

bis langfristig möglich ist. Die von den Krankenkassen geforderte Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneien unterstützt DIE LINKE. Diesen Vorschlag haben wir bereits in der letzten Wahlperiode eingebracht, um die Mehrwertsteuer endlich an die europäische Normalität anzupassen. Dagegen gestimmt hat damals auch die FDP, deren Gesundheitsminister nun offenkundig zumindest in dieser Beziehung eines Besseren belehrt wurde.“

Ende Februar gab die Bundesregierung bekannt, wer in der Gesundheitskommission, welche laut Koalitionspapier gebildet werden sollte, mitarbeitet. Bunge sagte dazu:

„Schon jetzt steht fest, was am Ende dabei herauskommen wird: Kopfpauschale, Privatisierung und Lobbyismus. Dafür soll die solidarische Krankenversicherung geopfert werden.“

Bunge weiter: „Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lehnt die unsozialen Gesundheitspläne der Koalition ab. Bislang kann sich zwar niemand vorstellen, dass die neue Kommission überhaupt etwas zustande bringt, schließlich ist sie nur ein kleines Abbild der Koalition. Trotzdem ist es immens wichtig, der Regierung immer wieder klar zu machen, dass sie gegen die sozialen Interessen der Mehrheit handelt. Die Bevölkerung wird sich das nicht gefallen lassen. In Gewerkschaften und Sozialverbänden formiert sich Widerstand. DIE LINKE hat die gesundheitspolitischen Pläne der Regierung von Anfang an kritisiert. Es gilt jetzt, den schwarz-gelben Hütchenspielern ihre Tricks auszutreiben.“

Der einzig gangbare Weg, das Gesundheitssystem auf eine sichere finanzielle Grundlage zu stellen, ist die Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung: Alle Einkommensarten werden erfasst, alle Bürgerinnen und Bürger zahlen entsprechend ihrem Einkommen den gleichen prozentualen Beitragssatz. Die Vorschläge der LINKEN dazu liegen auf dem Tisch.

Der erste Weg sich zu wehren ist, Widerspruch gegen den Zusatzbeitrag einzulegen und die Aktion „ZUSATZBEITRAG = UNSOZIAL“ - unter folgendem Link www.campact.de zu unterstützen. In unserer Geschäftsstelle besteht die Möglichkeit, sich in die Liste online eintragen zu lassen. A.K.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die Ungerechtigkeit der Regelung:

Brutto in Euro	Beitrag in Euro	Anteil in Euro	Zusatzbeitrag in Euro	Erhöhung in %
700	104,30	55,30	8,00	14,47
1.000	149,00	79,00	8,00	10,13
3.000	447,00	237,00	8,00	3,38
3.750	558,75	296,25	8,00	2,70

(Quelle ver.di Bundesverwaltung)

Alle Schulen gesichert?

Gedanken zum Schulentwicklungsplan von Heidi Hauffe



Zum Schulentwicklungsplan (SEP) der Stadt Brandenburg an der Havel für die Jahre 2009 bis 2015 fand im Ausschuss für Bildung, Kultur, Sport, dessen Mitglied ich bin, eine gute und konstruktive Diskussion statt. Diese führte zu einer einstimmigen Zustimmung aller Ausschussmitglieder zu diesem Plan.

Ich persönlich hatte im Vorfeld der Diskussion eine Reihe von Anfragen an die Verwaltung gestellt, deren ausführliche Beantwortung mich doch erstaunte. Denn nicht immer wird auf Anfragen so reagiert.

Bei Sachverhalten, welche noch nicht abschließend geklärt werden konnten, wie beispielsweise der Perspektive für einige leerstehende Schulgebäude und der Vorlage des Ergebnisberichts der Projektgruppe „Bauliche Schulwegsicherung“, werde ich weiter nachhaken. Vielleicht werde ich auch über eine andere Quelle die Gründe für die Rückstellung von sieben Prozent der Einschüler erfahren? Aufschlussreich war, dass ein eventuelles Auslaufen der Leistungs- und Begabungsklassen - im Koalitionsvertrag der rot-roten Landesregierung wird davon nicht mehr gesprochen, sondern vom Festhalten an der sechsjährigen Grundschule

- keine Auswirkung auf die Zügigkeit der Grundschulen der Stadt und des Standortes des von-Saldern-Gymnasiums haben würde.

Positiv zu bemerken ist der Ausbau des „Flexunterrichts“ an den Grundschulen unserer Stadt, denn auch das System der flexiblen Schuleingangsphase wird mit dem Koalitionsvertrag für alle Grundschulen, die dieses einführen wollen, ermöglicht. Gleiches gilt für den Ausbau von Ganztagsangeboten.

Mit Bedauern musste ich allerdings feststellen, dass dem Anschein nach der Weg von einer reinen Kooperation zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen hin zu „der einen Schule für Alle“ hier in der Stadt noch nicht besprochen wird. Allerdings ist der Ausbau der Kooperation zwischen Grund- und weiterführenden Schulen der erste Schritt hin zur Gemeinschaftsschule und so auch von der rot-roten Regierungskoalition gewollt.

Problematisch stellt sich für mich der gesamte Bereich der Förderschulen, insbesondere die Situation in der Gotthardttschule, dar. An dieser Einrichtung ist augenblicklich der geordnete Schulbetrieb mit nicht einmal zehn Schülern und einer Handvoll Lehrkräften akut gefährdet.

Hier müssen Schulträger und Schulumt im Interesse der Schüler aber auch der dort tätigen Lehrkräfte unbedingt an einem Strang ziehen. Gut, dass über eine Arbeitsgruppe schon erste Beratungen hierzu erfolgten. Gut ist auch, dass laut Schulentwicklungsplan die Standorte aller Förderschulen unserer Stadt mittelfristig gesichert sind.

Die Millionenfrage bleibt für mich durch unsere Verwaltung leider unbeantwortet. Fünf Schulen sollen über die ÖPP-Variante (Öffentlich-Private Partnerschaft) saniert werden. Im SEP wird für diese Schulen laut Angaben des GLM ein Sanierungsbedarf von rund 8,5 Millionen Euro ausgewiesen. Der Sanierungsbedarf in den ÖPP-Vorlagen beziffert sich aber auf etwa 9,8 Millionen Euro, 1,3 Millionen Euro Differenz, welche einer Erklärung bedürfen.

Abschließend kann ich als besonders positiv hervorheben, dass im Planungszeitraum des aktuellen SEP alle bestehenden Schulen unserer Stadt Bestand haben werden. Dies ist für mich, vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass es immer die Ansage von Amts wegen gab, eine Oberschule wäre zu viel am Netz und müsse geschlossen werden, die eigentliche Kernaussage. *H.H.*

War Opa ein Nazi?

Linksjugend [´solid] organisiert Workshops

Stell dir vor, du sitzt mit FreundInnen beim Bier und die Meinung kommt auf, dass Ausländer Arbeitsplätze klauen und Juden die Finanzkrise verursacht haben. Gegen diesen Berg von flachen, unbegründeten „Argumenten“ kommst du erstmal nicht an? Warum verdienen Frauen eigentlich deutlich weniger für gleiche Arbeit? Wieso kam es zum Krieg in Afghanistan und wer zieht einen Nutzen daraus? Schadet ein Mindestlohn der Wirtschaft oder hilft er? Und was zum Henker ist das „bedingungslose Grundeinkommen“? Fragen über Fragen. Wir wollen und werden Raum zur Diskussion geben und auch überraschende Debattengrundlagen liefern.

In den nächsten Monaten wird es von uns Workshops zu verschiedenen Themen geben. Der Auftakt war am 12. März „Datenschutz und Verschlüsselung im Internet“. Am Dienstag, 13. April, ab 19 Uhr, geht es dann weiter mit Referenten vom „Mobilen Beratungsteam“. Sie wollen mit uns und euch über das Entkräften von dummen rechten Stammtischparolen

sprechen. Eine Woche später, am Freitag, 23. April, diesmal ab 18 Uhr, wird mit uns der Jugendbildungsbeauftragte von linksjugend [´solid] Brandenburg zum Thema Geschichtsaufarbeitung in der eigenen Familie debattieren. Wie können wir mit (Ur-)Oma und (Ur-)Opa reden und ihre durchaus schwierige Biographie zu Zeiten des Dritten Reiches verstehen? Im Anschluss wollen wir noch einen Film mit „praktischer“ Entnazifizierung, a lá „Inglorious Bastards - ein Haufen verwegener Hunde“ (und nein, nicht der von Tarantino) anschauen. Den Film und Referenten für den Workshop findest du wie immer im Büro von linksjugend [´solid] und DIE LINKE am Altstädtischen Markt 2 gegenüber von Roland und Rathaus.

Wie es im Mai weitergeht, steht (noch) nicht fest, aber vielleicht hast du Ideen und Wünsche für Workshops. Also sag Bescheid und dein Traumworkshop kommt nach Brandenburg. Wer weiß, wer sich nicht noch so für dieses Thema interessiert, den du bisher nur vom Sehen kennst. *Ch.K.*

Stadtverwaltung gegen Ausschuss

Fortsetzung Seite 1

Gesamtkosten, Platzkosten und notwendiger Zuschuss der Stadt müssen transparent sein, denn der JHA muss unter anderem einschätzen können, ob eine Selbsterledigung durch die Stadt teurer ist als die durch den freien Träger und die freien Träger müssen untereinander vergleichbar sein. Dies ist nicht möglich, wenn die anderen Bewerber unbekannt sind.

Der verwaltungsseitig vorgeschlagene Träger muss sein Konzept stärker inhaltlich unterfüttern. Eine geforderte Schulfähigkeit der ältesten Kindergartenkinder gehört zu den Grundaussagen eines Konzeptes. Da reicht eine Bewegungs- und Gesundheitsorientierung nicht aus.

Gerade dann nicht, wenn in den Grenzsteinen der Entwicklung dies sowieso ein Schwerpunktbereich ist. Es fehlen Angaben zur Vernetzung mit anderen Trägern, zur Altersmischung, zum Aufnahmealter, zu Öffnungszeiten, zum Umgang mit den bisherigen Konzepten der zu übernehmenden Einrichtungen, zur Übernahme der Betreuungsverträge und Mitarbeiter“, so Patz.

Es wird sehr schwer sein in dieser verfahrenen Situation noch einen konstruktiven Weg zu finden. Da wird die Verwaltung viel Aufbauleistung vollbringen müssen, um die Gräben wieder zu schließen.

A.K.

Vereinte Kräfte für eine erfolgreiche BUGA 2015

Zweckverband nimmt seine Arbeit auf

Viel wurde gesprochen und gestritten: Aber im Dezember nahm der Zweckverband der BUGA 2015 seine Arbeit auf. Vor ihm liegen viele knifflige und wahrscheinlich auch öfter mal die eine oder andere streitbare Entscheidung. Aber eins eint wahrscheinlich alle Vertreter in dem Gremium: Sie wollen, dass die BUGA 2015 ein Erfolg für die ganze Region wird. Damit dies eintritt, ist der eine oder andere konstruktive Streit schon sinnvoll.

Für unsere Stadt stellt dies besondere Herausforderungen dar. Viele Projekte, die bisher immer theoretisch betrachtet wurden, müssen auf ihre Umsetzbarkeit überprüft werden. Einige „Haken und Ösen“ müssen noch entfernt werden, damit in fast genau fünf Jahren viele Besucher mit dem Reisebus zum Wiesenweg kommen und

dann mit dem Schiffshuttle von dort in die Innenstadt aufbrechen.

Dort angekommen, können sie sich entscheiden, ob sie zuerst die Johanniskirche besuchen, in welcher sich eine Blumenausstellung befindet oder auf der Packhofseite die unterschiedlichen Gärten betrachten, die bis dahin auf dem jetzigen Golfplatzgelände entstanden sein werden.

Nach einer Stärkung in dem einen oder anderen Café begibt sich der Besucher dann per pedes oder mit der Straßenbahn zum Fuß des Marienbergs. Hier hat sich viel getan. Bei der gemütlichen Begehung des Bergs auf einem neu angelegten Weg, welcher den Besucher an verschiedensten Garten- und Blumenhainen vorbei führt, entsteht das eine oder andere Gespräch. Unmerklich erklimmt man die höchste Er-

hebung unserer Havelstadt. Oben angekommen stärkt man sich bei einem Eis, bevor man weiter empor auf die Friedenswarte klettert, um die BUGA-Stadt aus luftiger Höhe auf sich wirken zu lassen.

Nachdem der geneigte Besucher dann wieder herabgestiegen ist, steht er vor der Qual der Wahl, entweder noch am selben Tag in die anderen Orte der Region weiterzureisen oder in unserer Stadt zu übernachten, um die Eindrücke des Tages zu verarbeiten und am nächsten Tag gestärkt nach Premnitz, Rathenow oder Havelberg aufzubrechen.

So oder so ähnlich könnte es 2015 sein, wenn alle gemeinsam daran arbeiten, die BUGA zu einem Erfolg für die Stadt und die ganze Region zu machen. Auf geht's!
R.K.



Ein Kleinod in Brandenburg ist der Marienberg schon immer gewesen. Mit der BUGA-Vergabe an unsere Stadt wird er, nicht zuletzt durch den geplanten barrierefreien Zugang, noch attraktiver werden.

Am 8. Mai 2010 - 65. Jahrestag der Befreiung!

Nazis haben in unserer Stadt eine Demonstration angemeldet. Gegenaktionen werden organisiert. Bitte aktuelle Nachrichten verfolgen www.dielinke-brb.de

Berlin macht's vor

Mehr Toleranz für Kinderlärm

Geräusche, die von Kindern verursacht werden, sind künftig auch juristisch als „sozial adäquat“ und damit zumutbar zu beurteilen. Dieser in Berlin bereits allgemein

für die Verwaltung geltende Grundsatz ist nun auch gesetzlich verankert. Berlin ist damit das erste Bundesland, das eine Privilegierung von Geräuschen, die von Kindern

ausgehen, in das Landesrecht aufnimmt.

Das ist eine klare Entscheidung zugunsten der Kinder. Denn Kinder, die in einem städtischen Umfeld gesund

und altersgerecht aufwachsen sollen, können das nicht geräuschlos. Kinderlärm gehört zur kindlichen Entfaltung und Entwicklung dazu. Kinder brauchen für eine altersgemäße Entwicklung bestimmte Freiräume. Geräusche, die sie verursachen, sind für das Umfeld in der Regel als zumutbar anzusehen. Dies wird durch die Gesetzesänderung noch einmal grundsätzlich klargestellt.

Kinder brauchen Platz und Bewegung um zu lernen. Über das Spiel entwickeln sie ihre motorischen Fähigkeiten, und sie reifen zu selbstständigen Persönlichkeiten. Aktuelle Einschulungsuntersuchungen weisen bei 60 Prozent der Kinder Haltungsschwächen auf. Das sind alarmierende Signale. In den brandenburgischen Städten gibt es jedoch immer weniger Platz zum Spielen, auf den Straßen lässt der zunehmende Autoverkehr kaum

noch Möglichkeiten. Kinder haben laut UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung und dazu gehört eben auch „Lärm“.

In der Vergangenheit kam es mehrfach dazu, dass aufgrund von Klagen von Anwohnern Kindertagesstätten geschlossen werden mussten, so zum Beispiel in Hamburg. Brandenburg hat im Bundesrat mit beschlossen, dass Kinderlärm keinen Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen geben soll. Das Land unterstützt damit die Bundesregierung in ihrem Bestreben, die Gesetzeslage entsprechend zu ändern. Das Recht sollte klar zum Ausdruck bringen, dass Kinderlärm sozial adäquat ist.

Kinder brauchen Freiräume, um spielerisch soziales Verhalten zu erlernen und sich geistig wie körperlich entwickeln zu können. D.G.



Das Land auch in schwierigen Zeiten regieren

„Aufrichtig zu sein, kann ich versprechen, unparteiisch zu sein, aber nicht.“ J.W. v. Goethe

Bloß keinen Streit, könnte die Devise des vergangenen Landesparteitages der LINKEN im schönen Potsdamer Kongresshotel am Luftschiffhafen gelautet haben. Die Start-Probleme die man den LINKEN in ihrer neuen Rolle als Regierungspartner einzureden versucht, die fast hysterisch zu nennenden Stasi-Attacken der Opposition oder eine drohende Auseinandersetzung um neue Führungsstrukturen in der Bundespartei haben ihre Spuren hinterlassen. Eine straffe Tagungsleitung war vor diesem Hintergrund und angesichts der über einhundert Anträge, die dem Landesparteitag zur Beschlussfassung vorlagen, unumgänglich. Die wechselnden Präsidien beugten sich dieser Notwendigkeit. Sie lockerten das Unvermeidliche gekonnt mit den üblichen, mitunter recht spannenden

Wahlgängen zu den einzelnen Parteigremien auf. Als Delegierter eines Landesparteitages freute ich mich natürlich auf die vielen Möglichkeiten, mit den Vertretern und Gästen aus anderen Regionen Brandenburgs in einen zwanglosen Meinungs- und Ideenaustausch zu treten. Man entdeckt dabei Gleichgesinnte und entwickelt Sympathien füreinander. Politik im Ehrenamt soll und kann deshalb auch Spaß bedeuten, vor allem dann, wenn sie sich an gemeinsame Ziele und deren Ergebnisse orientiert. Am Rande der Sitzung fand ich so beispielsweise ausreichend Zeit, um mich gemeinsam mit unserer LINKEN Gesundheitsministerin Anita Tack über neue Aspekte in der Telemedizin oder mit dem LINKEN Wirtschaftsminister Ralf Christoffers über regionale Wachstumskerne

auszutauschen. Ich bleibe eben auch auf einem Landesparteitag der LINKEN ein Lokalpatriot und ein Vertreter unserer Havelstadt. Neben den Diskussionen zum Umgang mit Biografien oder der Trennung von Amt und Mandat in der Linkspartei lag vor den Delegierten des Landesparteitages wie gewohnt viel Sacharbeit, die routiniert und oft im breiten Konsens bewältigt wurde. Große politische Überraschungen blieben somit aus. Für ein kleines Erstaunen sorgte mitunter die eine oder andere Wahlentscheidung. Andere und mich überraschte zum Beispiel ausgerechnet mein eigener Sohn, Daniel Förster. Als junger Delegierter aus dem Havelland bewarb er sich erstmals um einen Sitz im 18-köpfigen Landesvorstand und setzte sich Dank einer hervorragenden

Bewerbungsrede souverän gegen viele andere Bewerber durch. Damit hat sich der 22jährige Politik- und Philosophiestudent und Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der auch in Brandenburg an der Havel in verschiedenen LINKEN Projekten anzutreffen ist, ein neues Tätigkeitsfeld erschlossen, in dem er mit anderen jungen GenossInnen im Landesvorstand Ideen und Engagement bündeln kann. Mein Resümee nach dem Landesparteitag lautet deshalb: Auch im politischen Brandenburg sind die kalten Winternächte vorüber. Der Potsdamer Landesparteitag hat ein neues Aufbruchsignal gegeben. Die LINKEN sind in der Lage, das Land in schwierigen Zeiten professionell zu regieren und Verantwortung zu zeigen. Darüber hinaus sind wir eine Partei, die



Wirtschaftskompetenz und soziales Gespür zusammenbringen kann. Dafür stehen unsere Mitglieder, Mandatsträger und Minister gleichermaßen. Der Kompass, mit dem wir unsere Richtung bestimmen wollen, wird nun in einer Programmdiskussion der LINKEN neu geeicht. A.F.

INTERVIEW

Elisabeth Scholz

Schaffung von Chancengleichheit für alle

Mir gegenüber sitzt Elisabeth Scholz und plaudert mit mir in ihrer fröhlichen, unbekümmerten und klugen Art. Vor wenigen Tagen ist „Elli“ 75 Jahre alt geworden. Scholz ist damit nicht nur das älteste Fraktionsmitglied der Linken, sie ist auch die älteste Stadtverordnete von Brandenburg an der Havel. Man sieht ihr dieses Alter nicht an, wenn sie sich, seit 1993, engagiert in die Politik unserer Heimatstadt einmischt - zuerst als Sachkundige Einwohnerin, seit 1998 dann als Mitglied der Fraktion und in der vorigen Wahlperiode als zweite Stellvertreterin der SVV oder als Vorstandsmitglied des Stadtverbandes von DIE LINKE. Familie und Politik interessieren Scholz gleichermaßen - es ist einfach eine Umsetzung ihrer Ideale im praktischen Leben. Schon mit 58 Jahren wurde Elli Witwe, doch Stillstand ist für sie ein Fremdwort. Verwunderlich ist deshalb auch nicht, dass das Leben um sie herum

pulsiert - ein untrüglicher Wille anderen Menschen zu helfen! **HAVELBRANDUNG:** In welchen Ausschüssen bist du als Fraktionsmitglied der LINKEN tätig? **Elisabeth Scholz:** Als ehemalige Schuldirektorin hängt mein Herz am Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, den ich in der vorhergehenden Legislaturperiode geleitet habe. Um die Stadtentwicklung kümmere ich mich schon seit dem URBAN-Projekt und dem Zeitpunkt als die Stadt die ZiS-Projekte aufgelegt hatte. Ich arbeitete in verschiedenen Arbeitskreisen mit, zum Beispiel im Kulturbeirat. Neben dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport habe ich in der Stadtentwicklung die meisten Erfahrungen und bin deshalb auch im entsprechenden Ausschuss. **HAVELBRANDUNG:** Welche Ziele und Visionen hast du im Ausschuss für Stadtentwicklung? **Elisabeth Scholz:** Eine Stadt

muss sich entwickeln. Auch wenn die Einwohnerzahl zurückgeht, so müssen doch noch viele Schandflecke verschwinden. Wir müssen Einfluss dahingehend nehmen, dass ein sorgsamer Umgang mit den Immobilien in unserer Stadt praktiziert wird. So stehen immer noch zu viele Ruinen neben aufwändig rekonstruierten Häusern. Unkraut sprießt nicht nur auf unbewohnten Objekten, sondern auch an zentralen Plätzen. Für die Brandenburger und die Besucher unserer Stadt muss eine weitere Aufwertung erreicht werden. Fußgänger und Radfahrer, als Teil der Belebung der Innenstadt, brauchen entsprechenden Raum und sollten als gleichberechtigte Partner im Straßenverkehr behandelt werden. Bei Anträgen muss darauf geachtet werden, dass eine Parität der Verkehrsteilnehmer bei den einzelnen Projekten vorherrscht, so zum Beispiel beim Projekt Bahnhofsvorplatz. **HAVELBRANDUNG:** Was



möchtest du in Zukunft im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport erreichen? **Elisabeth Scholz:** In diesem Ausschuss ist für mich am wichtigsten, dass eine gleichberechtigte Bildung für alle Kinder kommt. Dabei favorisiere ich ein „inklusives Schulsystem“, weil jedes Kind nach seinen Bedingungen gefördert werden muss. Eine gute Entscheidung ist in Brandenburg an der Havel getroffen worden, indem man weiterhin für die Förderschulen einsteht. Denn es sind noch nicht die Bedingungen geschaffen, dass Förderschüler gleichberechtigt in Regelschulen unterrichtet werden können. So gibt es beispiels-

weise zu wenig begleitende Stunden für einen Sonderpädagogen. Hier werde ich auch vor Ort in den Schulen meine Unterstützung anbieten. Wenn Eltern Interesse haben, dass ihre Kinder in der Regelschule unterrichtet werden, so muss man auch alle Voraussetzungen für die betroffenen Kinder schaffen. Auch begabte Kinder müssen erkannt werden und durch spezielle Lernformen gefördert werden. Ich möchte auch, dass sich alle Kinder sportlich betätigen können. Hier müssen die Vereine unterstützt werden. **HAVELBRANDUNG:** Vielen Dank für das Gespräch. W.M.

Die Kreditklemme oder wo klemmt es im System?

die Krise des US-Immobilienmarktes erfasste die gesamte Weltwirtschaft



Von Amerika aus gingen weltweit die Börsen auf Talfahrt.

Seit zwei Jahren erleben wir erdbebenartige Erschütterungen der Weltwirtschaft. Spätestens seit dem Sommer 2007 vollzieht sich ein Krisenszenario, das zunächst nur auf den US-Immobilienmarkt konzentriert zu sein schien, aber schon bald die gesamte Weltwirtschaft erfasste.

Zunächst sah sich die US-Regierung gezwungen, die mächtigen Hypothekendarlehenbanken Fannie Mae und Freddie Mac unter staatliche Kontrolle zu stellen. Die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 konnte sie schon nicht mehr verhindern. Die Pleite löste weltweite Schockwellen aus. Auch deutsche Banken hatten sich kräftig verzockt. Diverse Landesbanken, die Commerzbank und die Hypo Real Estate konnten nur durch staatliche Unterstützung im Umfang von 480 Milliarden Euro über Wasser gehalten werden.

Die Börsen gingen weltweit auf Talfahrt. In hektisch anberaumten Gipfelrunden der führenden Wirtschaftsmächte wurden Banken-Rettungspakete geschnürt und „Schutzschirme“ gespannt, um den System-Kollaps zu verhindern. Die Größenordnung der finanziellen Alimentation durch die Regierungen überstieg alles bis dahin vorstellbare: In den USA wurden Finanzhilfen von mehr als 700 Milliarden Dollar, in

Großbritannien von mehr als 500 Milliarden Pfund aktiviert.

Dennoch drehte die Wirtschaft ins Minus, so dass in den großen Industriestaaten zusätzlich milliarden schwere Konjunkturprogramme aufgelegt werden mussten. Die dafür benötigten Finanzmittel waren jedoch nirgends in den Staatsbudgets vorgesehen und konnten nur durch höhere Kreditaufnahmen und damit einer gigantischen Staatsverschuldung aufgebracht werden.

Interessanterweise war allein das „kommunistische China“ in der Lage, sein Konjunkturprogramm im Umfang von 600 Milliarden Dollar aus eigenen Devisenreserven zu finanzieren, während die USA, Deutschland und andere westliche Industrieländer die größte Neuverschuldung ihrer Geschichte bekannt geben mussten. Die Staatsbankrotte einiger Länder konnten nur durch Notkredite des IWF oder wie im Falle Ungarns durch EU-Gelder in Milliardenhöhe verhindert werden. Dennoch wurde die Lage immer dramatischer, wie der aktuelle Fall der Beinahe-Pleite Griechenlands zeigt. Allein in den Jahren 2007 bis 2009 haben sich die Haushaltsdefizite der EU-Staaten dramatisch erhöht. Die Neuverschuldung liegt in 21 von 26 EU-Ländern zum Teil deutlich über der im EU-Vertrag festgelegten Ober-

grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Griechenland, Großbritannien, Irland und Spanien bewegen sich sogar in einem Bereich zwischen zehn und 13 Prozent.

Inzwischen hat die Krise die Gesamtwirtschaft fest im Griff. In einer Vielzahl von Betrieben herrscht Kurzarbeit, für viele Unternehmen ist das Aus bereits

Man kennt das, wenn auch zumeist aus anderen Städten: Rechte dürfen wieder durch die Straßen ziehen, weil deutsche Gerichte das in aller Regel erlauben. Gottlob gibt es aber noch Menschen, die das grausame Hitlerreich samt seinem mörderischen, weltweiten Raubkrieg keineswegs vergessen haben. Sie halten entschieden und kampftschlossen dagegen, wenn sich Rechte auf der Straße zusammenrotten. Für bürgerliche Parteien, sofern diese überhaupt interessiert sind, reichen zumeist symbolische Akte der Gegenwehr völlig aus, wie:

- **Das Geschehen durch Missachtung ignorieren**
- **Brennende Kerzen in die Fenster stellen**
- **Die Straßen, durch die die Rechten ziehen, für „tot“ erklären, also Rollläden runter und „Schotten dicht“**

besiegelt. Insbesondere kapital schwächere Klein- und Mittelstands-Unternehmen kommen zunehmend in Probleme, weil die für das operative Geschäft erforderlichen Kreditlinien nicht gesichert werden können.

Obgleich die Zentralbanken die Kreditzinsen auf nahe Null absenkten, die Regierungen kreditfinanziert Milliarden in das Bankensystem pumpen, scheint sich eine Normalisierung in der Kreditwirtschaft nicht einzustellen. Die Hoffnung, das „verbilligt“ erlangte Geld könne die Geschäftsbanken nun ihrerseits zur leichteren Kreditvergabe an Wirtschaftsunternehmen bewegen, ist wohl so vage wie naiv.

Warum auch sollten Banken ihr Geschäftsmodell ändern und darauf verzichten, mit dem frischen Geld munter an den internationalen Finanzmärkten zu spekulieren? In Deutschland ist die verhängnisvolle Spekulation mit Derivaten legal, die so genannten Leerverkäufe ausdrücklich wieder erlaubt. Die Deutsche Bank macht mit den alten Finanzinstrumenten wieder Milliarden Gewinne.

Da aber die deutschen Banken rund 150 Milliarden Euro im „Casino verbrannt“ haben, ist es für sie wenig lukrativ, die Finanzierungsrisiken einer ins Stocken geratenen Wirtschaft zu tragen und für die entsprechenden Rücklagen wertvolles Kapital binden zu müssen. Nein, die Banken setzen auf ein sehr viel lukrativeres Geschäftsmodell: Sie vergeben Kredite an den Staat.

FAZIT: Der Staat rettet das Überleben von Banken mit dem Geld, das er sich von ihnen leiht. Einfach, genial und eigentlich fast schon kabarettreif! Da aber die Gesamtverschuldung aller öffentlichen Haushalte in Deutschland (Bund, Länder und Gemeinden) schon jetzt etwa 73 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt, müssen wir gar nicht sehr gespannt sein, wo die schwarz-gelbe Koalition den Rotstift ansetzen wird. So muss es uns also nicht verwundern, wenn Merkel, Westerwelle und Co. immer lauter fordern, „über den Sozialstaat völlig neu nachzudenken“ und damit doch nur dessen Demontage meinen. H.J.L.

Ein fataler Irrtum!

- **Nach Ablauf des genehmigten rechten Aufmarsches symbolisch mit dem Besen die betreffenden Straßen wieder sauber fegen**

Wer jedoch meint, damit eine nennenswerte Wirkung zu erzielen, irrt. Wer glaubt, die Rechten damit irgendwie beeindruckt zu können, irrt sogar gewaltig. Zwar geht es ihnen auch um eine Außenwirkung. Aber genauso wichtig ist ihnen ein zweiter Aspekt. Und der besteht unter anderem darin, dass das eigene Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten bleibt, vielleicht sogar gestärkt wird. Und das heißt weiter: Diese Aktionen der Rechten haben eine wichtige Innenfunktion, nämlich Zusammenhalt und Stärke zu zeigen.

Dieser bedeutsame Tatbestand wird zumeist nicht bedacht. Im Grunde dienen symbolische Aktivitäten ei-

ner angeblichen Gegenwehr der bürgerlichen Parteien zumeist nur der eigenen Gewissensberuhigung. Sie haben eher Alibi-Funktion, um sich nicht nachsagen zu lassen, man hätte nichts dagegen getan. Das aber ist nichts anderes als ein Armutszeugnis und kann fatale Folgen haben, wie man in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sehen kann, wo die Rechten bekanntlich im Landtag sitzen. W.W.



Schotten, dicht wenn Rechte marschieren!

Nein zum Krieg in Afghanistan

DIE LINKE ist gegen die Verlängerung des Kriegseinsatzes

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat am 26. Februar geschlossen gegen die Verlängerung des Kriegseinsatzes und gegen die Truppenaufstockung der Bundeswehr in Afghanistan gestimmt. Immer deutlicher offenbart sich die Grausamkeit des Krieges, den die NATO und die Bundeswehr dort führen - nicht zuletzt durch das Massaker von Kunduz im September 2009, als auf Befehl eines deutschen Oberst bis zu 140 Menschen bei einem Bombardement gezielt getötet wurden. Aber der Bombenangriff von Kunduz ist nur die Spitze des Eisberges. Der Krieg in Afghanistan bedeutet tagtäglich Zerstörung und Sterben. Allein im Jahr 2009 sind laut

UNO über 2.400 ZivilistInnen bei Kampfhandlungen getötet worden. Bislang hat der Bundeswehreinsatz die deutschen Steuerzahler über vier Milliarden Euro gekostet. Allein für das Jahr 2010 bewilligt die Bundesregierung für den militärischen Einsatz am Hindukusch erneut 784 Millionen Euro. Diese Gelder fehlen für den Wiederaufbau. Nach wie vor ist Afghanistan eines der ärmsten Länder der Welt. Viele Afghaninnen und Afghanen haben von der internationalen Unterstützung nichts gesehen. Sie leben immer noch ohne Zugang zu sauberem Wasser, medizinischer Versorgung oder Strom. Soldaten sind keine Entwick-

lungshelfer. Die Vermischung von militärischem und zivilem Engagement gefährdet die Arbeit der Entwicklungsorganisationen. Weil man sie als Teil der Besatzung wahrnimmt, werden ihre Mitarbeiter zu Angriffszielen. Entwicklungsorganisationen selbst lehnen es ab, unter den Schirm der Bundeswehr gestellt zu werden. Afghanistan braucht Hilfe beim zivilen Wiederaufbau und Unterstützung für einen Friedensprozess. Afghanistan benötigt keine Besatzungsarmeen, durch die der Krieg immer weiter eskaliert und die den Weg zum Frieden verbauen. R.K.



Tag der Arbeit

Vom Bollmannbrunnen zur Friedenswarte

Treffpunkt: 9.30 Uhr Bollmannbrunnen Hauptstraße
Kundgebung und anschl. Familienfest auf der kleinen Wiese neben der Friedenswarte



1. MAI 2010

DIE LINKE fordert:

- Deutschland soll umgehend den Abzug der Bundeswehr in die Wege leiten.
- Die Bundesregierung darf keine neuen Truppen zusagen.
- Aufbauhilfe soll nicht an militärstrategischen Erwägungen, sondern am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet werden.
- Die zivile Aufbauhilfe für Afghanistan muss drastisch erhöht werden - auf das Niveau der heutigen Besatzungskosten.
- Statt die korrupte Karsai-Regierung zu stützen und mit Kriegsverbrechern zusammenzuarbeiten, müssen demokratische Kräfte unterstützt werden.
- Verhandlungen unter Beteiligung aller Kriegsparteien, aller gesellschaftlichen Kräfte und der Nachbarstaaten müssen initiiert werden.
- Im Untersuchungsausschuss zu Kunduz müssen die Lügen und Vertuschungsversuche der Bundesregierung aufgedeckt werden. Die Bundesregierung muss zu ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern stehen und öffentlich Trauer bekunden.

Programmdebatte kann beginnen!

Der Entwurf der Programmkommission für das Parteiprogramm der Partei DIE LINKE wurde am 20. März 2010 durch die beiden Vorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine der Öffentlichkeit vorgestellt. Er ist als PDF-Datei im Internet unter www.die-linke.de zu finden.

Was Wann Wo	
13.04.	16.00 BO-Vorsitzendenberatung
15.04.	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Erfahrungen aus der Arbeitsgesetzgebung der DDR 17.00 Uhr im Fontane Club
21.04.	09.30 Frühstück für Jedermann
29.04.	18.00 Vorstandssitzung
01.05.	09.30 Maidemo zum Marienberg, Treffpunkt Bollmannbrunnen
08.05.	65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus
09.05.	Landtagswahl NRW
11.05.	16.00 BO-Vorsitzendenberatung
15.05.	10.00 2. Bundesparteitag DIE LINKE, Rostock
19.05.	09.30 Frühstück für Jedermann 15.00 AG Senioren Gesprächsrunde mit der Linksjugend [´solid] 15.00 Beratung der AG Senioren zu den Ergebnissen des 2. Bundesparteitages der LINKEN
27.05.	18.00 Vorstandssitzung
08.06.	16.00 BO-Vorsitzendenberatung
16.06.	09.30 Frühstück für Jedermann
23.06.	AG Senioren, Fahrt in die Märkische Schweiz; 07.00 Bahnhof



Auf ihrem Wahlkreistag am 11. März überreichte die Bundestagsabgeordnete Diana Golze ihre monatliche Spende in Höhe von 250 Euro an die Mutter-Kind-Einrichtung des Internationalen Bundes in Brandenburg an der Havel.

IMPRESSUM:

HAVELbrandung. Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel. Ausgabe 01/2010. Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel. Altstädtischer Markt 2. 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.S.d.P. René Kretzschmar. E-Mail: redaktion@dielinke-brb.de. Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugewiesenen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck:** Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH. Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus. Auflage: 10.000 Stück. **Redaktionsleitung:** L. Krakau und A. Kutsche. Redaktionsmitglieder: W. Müller, P. Zimmermann, H.-J. Laß, A. Martin, W. Weise. **Bildnachweise:** Die LINKE; WernerMüller; forestpath, pixelot, ChristianSchwier, Ray, OlgaSapegina@fotolia.com **Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE.** Altstädtischer Markt 2. 14770 Brandenburg an der Havel Montag bis Donnerstag 10:00 bis 18:00 Uhr; Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr Telefon 0 33 81 / 22 47 33. Fax 0 33 81 / 22 99 61. Web www.dielinke-brb.de. E-Mail info@dielinke-brb.de